

Stefanie Endlich

**Wahlkampf, Versteckspiele und die Frage nach Alternativen
Zum geplanten Denkmal für die ermordeten Juden Europas
(Fortsetzung der in den Heften 42 und 43 erschienenen Beiträge)**

aus: kunststadt stadtkunst 44, Herbst 1998, S.8-9

Wenn der SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder behauptet, über das “Denkmal für die ermordeten Juden Europas” sei in der Öffentlichkeit bislang nie ernsthaft diskutiert worden, so irrt er. Zwar empfanden die Initiatoren die fachkritische Debatte immer als störend, doch da sie die Realisierung ihres Projekts nicht aus eigener Kraft erreichen konnten, waren sie auf Bund und Land Berlin angewiesen und damit auf eine gewisse Öffnung des Verfahrens, die sich zunächst in der Senatsentscheidung für einen Wettbewerb (statt – wie vom Förderkreis geplant – für eine Direktvergabe nach dem damaligen Konzept von Harald Szeemann) und später in der Durchführung der drei Experten-Colloquien und in der Ausstellung der Entwürfe manifestierte. Die fachöffentlichen Diskussionsbeiträge waren in großen Teilen von hohem Niveau und lieferten insgesamt mehr Erkenntnisse über zeitgemäße Erinnerungskultur als je ein realisiertes Projekt. Daß sie kaum wirksam werden konnten, lag an den politischen Konstellationen und an dem daraus resultierenden Festhalten an problematischen Inhalten und fragwürdigen Verfahren.

Richard Serras Rückzug

Bei der Vorstellung der Entwürfe der vier “Finalisten”, der vier Entwürfe der engsten Wahl im Marstall hatten sich Peter Eisenman und Richard Serra noch eindeutig gewehrt gegen staatliche Zeremonien, gegen didaktische Aufbereitung, gegen symbolhafte Bezüge und gegen Harmonisierungs-Wünsche, die die Konsequenz und Strenge ihres Entwurfes “Field of Memory” verwässern würden. Nach den allerdings gerade in diese Richtung zielenden Überarbeitungswünschen des Bundeskanzlers zog sich Richard Serra aus dem Projekt zurück. Der Grund liegt vermutlich in der unterschiedlichen Auffassung der beiden Verfasser über Richtung und Ausmaß der Überarbeitung, auch wenn Serra dies dementieren ließ. Eisenman ist es als Architekt gewohnt, auf Bauherren-Forderungen einzugehen. Serra hingegen hätte als kompromißbereiter “Auftragskünstler” seinen Weltruf zu verlieren. Sein Statement, er wolle auf Urheberrechts-Ansprüche verzichten, erklärt sich wohl auch aus der Tatsache, daß er damals von dem in der zweiten Verfahrensstufe eingeladenen Architektenfreund Eisenman als

Kooperant hinzugezogen worden war und sich nach all seinen Cortenstahl-Arbeiten mit einem Betonstelen-Entwurf auch auf ungewohntes Terrain begeben hatte; doch gab er durch seine jetzige Absage reichlich Anlaß für Spekulationen um ein nun eher pflegeleichtes, leichter überschau- und einsehbares, eher eindeutiges als vieldeutiges, kurz: ein entschärftes und vielleicht sogar gefälliges Mahnmal-Projekt.

Die Überarbeitung

Das überarbeitete, nach Berlin transportierte Modell wurde zwei Monate lang im Deutschen Historischen Museum unter Verschuß gehalten, dessen Direktor Christoph Stölzl seit vielen Jahren Helmut Kohl in Gedenkstätten-Fragen beraten hat, zum Beispiel bei der umstrittenen Auswahl und Vergrößerung der Käthe-Kollwitz-Skulptur für die Neue Wache Unter den Linden, die "Zentrale Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft". Statt einer öffentlichen Präsentation wie bei den Entwürfen der beiden Verfahren zuvor gab es daher wochenlange Spekulationen über den Charakter der Veränderungen. Die überfällige Öffnung für Presse und Publikum brachte schließlich Klarheit.

Die 4 000 Stelen wurden auf 2 700 reduziert. Sie sind mit maximal vier statt sieben Metern nun niedriger konzipiert und in ihrer Höhenwirkung zusätzlich gemildert, weil auch die höchsten von ihnen an keiner Stelle mehr als 1,4 Meter über das Straßenniveau hinausragen. Hohe Stelen sind außerdem nur noch im tiefergelegenen Innersten des Feldes vorgesehen; im überwiegenden Teil sind sie zwischen einem halben und zwei Metern hoch. Damit kann der Besucher vom Rand aus mühelos auch die höchsten Stelen und damit das gesamte Areal überblicken.

Die geplante Absenkung des Terrains erinnert allerdings die Kenner der anderen Entwürfe daran, daß in Gesine Weinmillers Arbeit "Raum der Stille" gerade dieser Ansatz, in die Tiefe zu gehen, als sympathische Alternative zu den vielen eingereichten Arbeiten empfunden wurde, die nur auftrumpfen oder überwältigen wollten. Okkupation einer Idee oder eigenständiger Versuch, den Entwurf durch Übersichtlichkeit besucherfreundlicher zu machen?

Eine breite Übergangszone ("Pufferzone") mit Baumgruppen und Wegen ringsherum und der klar definierte Stelen-Rand mit 50 Zentimetern Höhe schaffen einen sanfteren und zugleich bewußteren Übergang zwischen Umfeld und Stelen-Feld, im Gegensatz zu der zuvor inten-

dierten Sogwirkung durch die fast unmerkliche Verwandlung des städtischen Terrains in das "Field of Memory". Im Norden ist eine etwa 20 Meter breite Freifläche für Gedenkveranstaltungen vorgesehen, wo auch ein "Widmungstext" Platz finden soll; im Osten und Westen gibt es einen Hain und eine Allee, im Süden einen Bushalteplatz. Der Bodenbelag soll nun aus Schotter sein. Der sandfarbene Beton der Stelen erhält eine Anti-Graffiti-Beschichtung. Zungenförmige Einschnitte an den Seiten des Terrains, in denen die Stelen ausgespart bleiben, lassen schon vom Rand aus erkennen, was im ursprünglichen Entwurf erst beim Umhergehen physisch erfahren werden sollte, nämlich die Modulation des Bodens und die daraus resultierende wellenförmige Neigung der Stelen. Über die vom Kanzler gewünschten Inschriften der Stelen selbst (Namen jüdischer Gemeinden oder Familien) ist noch nicht entschieden. Gerade die Idee dieser Inschriften hatte auch Lea Rosh motiviert, dem zunächst von ihr abgelehnten Entwurf schließlich zuzustimmen. Damit sollte die vom Förderkreis verlangte eindeutige Widmung des Mahnmals für die jüdischen Opfer (unter Ausschluß der anderen Opfergruppen) sichergestellt werden.

Schwer vorstellbar ist nun, daß der Besucher beim Umhergehen zwischen den Pilastern noch empfindet, was ursprünglich intendiert war und beeindruckt hatte, nämlich eine Verunsicherung am eigenen Leib, eine "Desorientierung", eine "Zerstörung der Illusion der Sicherheit" (Eisenman/Serra). Wenn auch das hinter dem ersten Entwurf stehende inhaltliche Gedenk-Konzept umstritten war, weil eine solch affektiv-emotionale Annäherung an das Thema Völkermord mit aufklärerischen Ideen schwer zu verbinden ist (Eisenman: "ein Verstehen ist nicht möglich"), so hatte doch die ästhetische Form in ihrer Verschlüsselung und Radikalität nicht nur die Befürworter, sondern auch viele Kritiker beeindruckt. Was nun von vielen als besondere Qualität der Überarbeitung gelobt wird, nämlich die Einfügung, die "Integration" in den Stadtraum, das "sanfte Eintauchen in den Gedenkraum" (James E. Young) und der menschliche Maßstab des Feldes und der Einzel-Stelen, ist zugleich auch eine Verwässerung des ursprünglich strengen und bewußt abweisenden Konzeptes. Ein Störfaktor im Alltagsleben der City wollte das Mahnmal einst sein. Nun ist es zu einem sanften, kontemplativen, gärtnerisch-ornamental gefaßten abstrahierten Gräberfeld (Grabsteine, Sarkophage) oder "Getreidefeld" (Eisenman) geworden, das existenziellen Erfahrungen nur noch wenig Raum und Anlaß gibt und auch die Ordnungshüter nicht mehr beunruhigen muß.

Top Secret

In einer Atmosphäre allgemeiner Verunsicherung über die weitere Entscheidungsfindung hatte der clandestine Akt des Kanzlers und des Deutschen Historischen Museums verhängnisvolle Folgen. Selbst Befürworter einer schnellen Realisierung brachten wenig Verständnis für solche undemokratischen Spiele auf. Nachdem während der Marstall-Ausstellung der Kultursenator noch alle Bürger wortgewaltig aufgefordert hatte, ihre Meinung kundzutun (was im Ergebnis übrigens nie ausgewertet und veröffentlicht und schon gar nicht in die weitere Entscheidungsfindung einbezogen wurde), sollte nun Geheimhaltung herrschen; sogar die vier Berliner Parlamentsfraktionen, denen endlich zwei Monate nach dem Transport des Modells von New York ins DHM ein Blick gestattet wurde, mußten sich, angeblich aus Platzgründen, auf Delegationen von drei bis vier Vertretern beschränken. Die auf zwei Wochen beschränkte Präsentation kam erst durch öffentliche Proteste zustande, nicht zuletzt nach ironischen Zeitungsartikeln (“Warten wie das Kind auf den Weihnachtsmann”).

Dabei liegt die mangelnde Transparenz in der Entstehungsgeschichte des Projektes selbst begründet. Lea Rosh und der Förderkreis hatten sehr früh schon alle “unteren” Ebenen der Entscheidungsfindung ignoriert und direkt auf die Zustimmung des Bundeskanzlers gebaut. Weder die in Berlin existierenden Initiativen und Institutionen, die sich um Erinnerungsarbeit bemühen, noch die Parlamente des Landes und des Bundes waren in die Verfahrensschritte für das “zentrale”, “nationale” Mahnmal einbezogen. Wie demotivierend eine solch obrigkeitsstaatlich orientierte Strategie sich gerade bei einem solchen Thema auf die Haltung der Öffentlichkeit auswirken würde, hatten sie allerdings nicht bedacht. Allerdings hat auch die Jury des großen offenen Wettbewerbs einen Teil der Geheimniskrämerei mitverschuldet, indem sie sich (nach ihrer unsinnigen Empfehlung für zwei erste Preise anstelle von einem oder keinem) mit Mehrheitsbeschluß selbst aus der Verantwortung entlassen und den drei Auslobern – und damit den politischen Instanzen – die weitere Entscheidungsfindung überlassen hatte.

Die “Arroganz des Regierungschefs” (so der ehemalige Akademie-Präsident Walter Jens) war auch für die im zweiten Verfahren ausgewählten weiteren Teilnehmer ein Affront, den die Auslober nicht einmal ein bißchen zu mildern versuchten. Nachdem der Kanzler die Eisenman-Serra-Arbeit zu seinem Lieblings-Entwurf erkoren hatte, erhielten die drei anderen von der Findungskommission zur Realisierung vorgeschlagenen Entwerfer nicht einmal einen Brief mit der entsprechenden Mitteilung, sondern erfuhren vom weiteren Hin und Her nur aus der Zeitung. Jochen Gerz zog daraufhin seinen Entwurf zurück. Hier wurden nicht einmal

Mindestregeln eines seriösen Umgangs mit Verfahrens-Teilnehmern eingehalten. Doch mittlerweile war das obrigkeitsstaatliche Vorgehen bis in den Sprachduktus der Entscheidungsträger vorgedrungen (der Kanzler wird seinen Entschluß “verkünden”....).

Wahlkampf und Intellektuellen-Schelte

Obwohl es keine “parteipolitischen Linien” gab, also keine Vorgaben für die Haltung von CDU-, SPD-, Grünen- oder PDS-Mitgliedern, geriet das Thema faktisch in den Wahlkampf. Kaum ein Tag vergeht, an dem sich Bundes- und Landespolitiker nicht zum Mahnmal äußern. Doch geht der Riß quer durch die Parteien und Fraktionen. Während Kultursenator Peter Radunski, dem das Verfahren in der zweiten Stufe übertragen worden war, die Realisierung des Eisenman-Entwurfs befürwortet, verweigert sich der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen einer zustimmenden Entscheidung. Ähnliche Kontroversen gibt es bei den anderen Parteien – glücklicherweise, denn Vereinheitlichungsversuche hätten die bereits bestehenden Irrationalitäten vervielfacht.

Gerade an der Haltung Eberhard Diepgens lassen sich allerdings die Schwierigkeiten aufzeigen, die mit einer Grundsatzkritik an dem Mahnmalprojekt verbunden sind. Er, den die Frankfurter Allgemeine Zeitung mit der Äußerung zitierte, Berlin dürfe nicht zur “Hauptstadt der Reue” werden, blockiert die erklärtermaßen notwendige Übereinstimmung der drei Auslober (außer dem Land Berlin sind dies der Bund und der “Förderkreis”) und verhinderte damit bisher eine gemeinsame Realisierungsentscheidung für den Eisenman-Entwurf. Diepgen schürt dabei die Angst vor “Stimmen, die nach weiteren, nach immer mehr Mahnmalen inmitten des neuen Regierungsviertels rufen”. Eine solche “Häufung von Mahnmalen” sei “gleichermaßen weltfremd wie gefährlich”, weil man damit “die Überreizung und schließlich auch die Abstumpfung des Betrachters in Kauf” nehme, schrieb er im Tagesspiegel. Gleichzeitig plädiert er jedoch für die Errichtung eines “Mahnmals zur Deutschen Einheit” (wobei doch schon die Konzipierung des von der Berliner Großen Koalition geforderten Mahnmals zur Erinnerung an den 17. Juni erhebliche Probleme mit sich bringt). Kritiker des Holocaust-Mahnmals, die sich um wirksame Erinnerungsarbeit bemühen, sehen sich auf schmerzhaft Weise in gemeinsamer Abwehrfront mit solch rechts-populistischem Kalküldenken. Ihre begründeten Argumente werden von den Mahnmal-Befürwortern mit der Ablehnungshaltung der Geschichts-Verdränger gleichgesetzt und damit verfälscht und diffamiert.

Die Verflachung der Debatte

Als Lea Rosh 1988 die Forderung nach einem großdimensionierten, "unübersehbaren" zentralen Mahnmal erhob und nicht auf Antrieb auf breite Zustimmung stieß, begann sie umgehend, uneinsichtige Kritiker als Antisemiten und "Gegner der Erinnerung" zu diffamieren. Diese Frontstellung konnte zumindest während der Kolloquien im Frühjahr 1997 teilweise aufgelöst werden; hier wurde öffentlich und rational vermittelt, daß unter den vorgegebenen Prämissen von Dimension, Standort, national-weihevoller Widmung und diffuser Funktionsbestimmung eine überzeugende Lösung nicht zustande kommen konnte.

Die Dokumentation der Kolloquiumsbeiträge hingegen scheint nicht mehr als ein Packen Papier zu sein. Alle Argumente, Erkenntnisse, Referenzen und Alternativen scheinen vergessen. Die öffentliche Debatte ist zu den Stereotypen der Vergangenheit zurückgekehrt. Vergessen sind die differenzierten Einwände gegen den Standort mit seinen verhängnisvollen Dimensions-Vorgaben und historischen Bezügen zu Hitlers Reichskanzlei und zum Bunker-Mythos; vergessen die interessanten Standort-Alternativen wie Platz der Republik oder Opernplatz; vergessen die schwierige Kontroverse um die ausschließliche Widmung des Mahnmals für die ermordeten Juden, die Forderung nach Einbeziehung der Sinti und Roma, der "Euthanasie"-Opfer und anderer Gruppen, die aus rassistischen Motiven verfolgt wurden; vergessen die Frage, ob sich in den ausgewählten künstlerischen Entwürfen auch ein angemessenes, vor allem ein ernsthaftes Erinnerungs-Konzept manifestiert, das zukünftiger Gedenkstätten-Arbeit standhalten kann; vergessen die Kritik am moralisch-emotionalen Ansatz des Mahnmal-Projektes, der einer zeitgemäßen Gedenkstättenarbeit entgegensteht; vergessen die aktuelle Debatte um Ästhetik und Gedenkkunst heute, wie sie sich seit Jahren in wichtigen Ausstellungen und Projekten manifestiert hat; vergessen auch, daß in Berlin eine Wettbewerbs- und Verfahrenskultur mühsam erkämpft und entwickelt wurde.

Statt dessen eine Rückkehr zu den Stereotypen der Anfangszeit. Die Kritiker des Eisenman-Entwurfs werden als "Bedenkenträger" (ein neues Modewort?) und als Gegner der Erinnerung diffamiert. Ein Beispiel lieferte der Berliner Tagesspiegel. Dort werden Kritiker auf übelste Weise beschimpft: "Bündnis mit dem Mob" – "in einem Boot mit den dumpfen Schlußstrichziehern" – "die rechtskonservativen Verdrängungskünstler und die machthungrige Links-Schickeria der SPD"... . Besonders enttäuschend, daß auch die Frankfurter Rundschau vergaß, daß es ja schon seit 1988 in Berlin gerade bei denen, die die existierenden Erinnerungsstätten,

Denkmäler, Dokumentationszentren aufbauen halfen, eine fundierte Kritik und Zurückweisung des monumentalen Mahnmal-Projektes gegeben hat. Deren Einwände gelten ihr nun als “nicht untypisch für die Nabelschau der Deutschen, die ihr kollektives Gedächtnis für die Berliner Republik neu formatieren... Nach zehn Jahren Debatte über das zentrale Holocaust-Mahnmal fällt ihnen plötzlich ein, daß das Unbegreifliche auch das Nichtdarstellbare ist. Also soll es kein Mahnmal geben. Nirgends...”. Durch solche Diffamierungen hat das vielleicht altmodische, aber doch noch weitverbreitete Vertrauen in die Seriosität liberaler Feuilletons einen schmerzlichen Fußtritt erhalten.

Selbst ein kenntnisreicher Historiker wie Jeffrey Herf aus USA mißt die Wirksamkeit von Erinnerungsarbeit in Deutschland am Zustandekommen des Mahnmal-Projekts von Lea Rosh und vergißt dabei das längst vorhandene und höchst lebendige Netzwerk der Erinnerungsstätten, Markierungen authentischer Orte und Bürgerinitiativen. Erschreckend auch, daß Ignaz Bubis die Kritiker des Mahnmals mit Rechtsextremisten wie Gerhard Frey in einem Atemzug nannte.

Die meisten Skeptiker jedoch, die aus Arbeitsbereichen wie Gedenkstätten, kulturellen Institutionen, Kunst, Publizistik und Pädagogik kommen, haben gute Gründe für ihre Einwände. Diese mit dem “Selbstbewußtsein” einer “neuen nationalen Erinnerung” und einer “neuen Ära des Vergessens” gleichzusetzen, ist eine demagogische Unterstellung.

Auch die unglückliche Debatte um ein Holocaust-Museum brach wieder auf. Die Forderung dieser Hannoveraner Initiative (im Vorstand: Lea Rosh) war eigentlich längst vergessen, denn es existiert, wie die Leiter von KZ-Gedenkstätten nochmals bekräftigten, kein ernstzunehmendes Konzept. Hier wie dort also die Rückkehr zu alten Positionen und Grabenkämpfen, als hätte sich zwischenzeitlich nicht vieles bewegt, gerade in den Köpfen.

Vertagung der Entscheidung

Bundeskanzler Kohl und Bürgermeister Diepgen beschlossen gemeinsam, vor der Bundestagswahl keine Entscheidung mehr zu treffen. Der Berliner Senat bekräftigte seine Haltung, “im Zentrum Berlins ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas” zu errichten. Doch stellte er dabei erstmals den umstrittenen Standort südlich des Brandenburger Tors zur Disposition. Ein Ortswechsel würde allerdings einen neuen Entwurf, also die Auslobung eines

neuen Wettbewerbs bedeuten – oder eine “Beauftragung”, wie Diepgen erklärte, also eine Direktvergabe.

Welche Alternativen?

Die Auseinandersetzung geht weiter, wenn auch mühsam und eher mit einer resignativen Grundhaltung von Schadensbegrenzung als mit dem Engagement, das für ein solches Projekt unverzichtbar wäre. Zu viele ursprüngliche Mitstreiter für angemessene Erinnerung wurden vor den Kopf gestoßen, zu viele Künstler und Projektbeteiligte durch fragwürdige Verfahren brüskiert, zu viele kritische Sympathisanten als Gegner der Erinnerung diffamiert. Auch aus diesem Grund haben sich viele der ursprünglichen Unterstützer des Mahnmals mittlerweile distanziert. Der Graben zwischen den Denkmalsbefürwortern und der intellektuellen Öffentlichkeit wird immer tiefer.

Was allerdings geschehen soll, wenn keine Realisierungsentscheidung getroffen wird, ist bisher nicht ausreichend erwogen worden. Der von Anfang an immer wieder formulierte Vorschlag, die für das Mahnmal vorgesehenen Mittel den chronisch unterfinanzierten Gedenkstätten an den authentischen Orten zukommen zu lassen, wurde von den Mahnmal-Befürwortern nie als Alternative ernstgenommen, obwohl zum Beispiel gerade in Sachsenhausen und Ravensbrück die Mittel für die Erhaltung und Renovierung der historischen Anlagen und für eine umfassende Vermittlungs- und Archivarbeit an allen Ecken und Enden fehlen. Ein Wettbewerb in Ravensbrück zum Umgang mit den großen, von den GUS-Truppen freigeräumten ehemaligen Lager-Arealen und Relikten (Zum Beispiel dem Siemens-Lager und dem KZ Uckermark) und zu deren Einbeziehung in die Gedenkstättenarbeit hatte interessante Ergebnisse erbracht; für eine Realisierung steht nicht einmal ein kleiner Anfangsbetrag zur Verfügung. Der gegenwärtige Wettbewerb in Sachsenhausen für die Umgestaltung der “Station Z”, des derzeit wegen Baufälligkeit abgesperrten ehemaligen Krematoriums- und Mord-Bereichs, zum zentralen Gedenkort agiert mit einem viel zu geringen Kostenansatz, der der Bedeutung dieser Aufgabe nicht entspricht. Für die Reparatur der verfallenden historischen Gebäude im angrenzenden “Industriehof”, die die Gedenkstätte gern in ihr Areal einbeziehen und für ihre Arbeit nutzen möchte, sind in absehbarer Zeit überhaupt keine Mittel vorhanden.

Eine Entscheidung für den Verzicht auf das geplante Mahnmal ließe sich gut begründen. Daß man bei einer Nicht-Realisierung zugleich auch ernsthafte Alternativen entwickeln muß, ist

allen Kritikern bewußt, die sich für Erinnerungsarbeit einsetzen. Diepgens Vorschlag, statt dessen ein kleineres Mahnmal auf dem Gelände der Stiftung Topographie des Terrors oder vor dem Jüdischen Museum zu errichten, ist allerdings nicht mehr als ein gedankenloser Rückfall in eine glücklicherweise längst abgeschlossene Diskussion. Selten gab es nach langer, schwieriger Auseinandersetzung zwischen Bürgern, Politikern und internationalen Gedenkstättenexperten einen so umfassenden Konsens wie die 1990/92 durch Senatsbeschluß bekräftigte Ablehnung der ursprünglichen Forderung von Lea Rosh, das Holocaust-Mahnmal auf dem Gestapo-Gelände zu errichten; statt dessen entstand mit der Stiftung Topographie des Terrors ein zentraler Ort der Aufklärung und der geistigen Auseinandersetzung mit den Entstehungsbedingungen und Strukturen des NS-Systems. Vor dem Jüdischen Museum wiederum hat dessen Architekt Daniel Libeskind bereits ein Mahnmal errichtet: Einen der "Voids", der schachtartigen Leerräume, die sich durch die Etagen des Gebäudes ziehen und symbolhaft für das ausgelöschte jüdische Leben stehen, hat er in den Außenraum versetzt, ein eindrucksvoller, dunkler, hoher Raum mit einem Spalt, durch den das Himmelslicht fällt, als Wahrzeichen der Diaspora.

Erwägenswert ist der Vorschlag, das Areal südlich des Brandenburger Tors zunächst von Bebauung freizuhalten, um damit zu unterstreichen, daß die Suche nach einer angemessenen Mahnmal-Konzeption weitergeht. Von vielen Seiten, unter anderem von Andreas Nachama, dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, kam die interessante Idee, auf diesem Gelände die Auseinandersetzung um das Mahnmal selbst mit all den vielen Entwürfen, Ideen und Alternativ-Konzepten in Form einer längerfristigen Dokumentation sichtbar zu machen. Auf diese Weise würde die Kontroverse als andauernde geistige Anstrengung deutlich werden.

Wenn Ignaz Bubis und Lea Rosh nun fordern, der Bund und der Förderkreis sollten auch ohne die Berliner Zustimmung entscheiden, da die Initiative ja vom Förderkreis gekommen sei und das Grundstück vom Bund, so ignorieren sie die Tatsache, daß das Mahnmal schließlich im Berliner Stadtraum erbaut werden soll. Längst vergessen scheint auch die ursprüngliche Abmachung zur Finanzierung: Von den veranschlagten 16 Millionen wollte die Hälfte der Förderkreis selbst aufbringen (der bisher allerdings kaum mehr als ein paar Hunderttausend Mark an Spenden gewinnen konnte), die andere Hälfte mit jeweils vier Millionen sollte vom Bund und vom Land Berlin getragen werden. Inzwischen ist Lea Rosh der Meinung, daß der Förderkreis nur noch für ein Drittel der Kosten aufkommen sollte, da er ja "nur als Drittelpartei behandelt" werde. Problematischer als solche Rechenspiele ist allerdings das undemokra-

tische Verfahrensverständnis, das in der Forderung zum Ausdruck kommt, auch ohne Berliner Zustimmung zu realisieren. Gerade bei diesem schwierigen Thema bilden Inhalt, Form und Entscheidungsprozeß doch eine untrennbare Einheit.

Vielleicht böte auch die auf dem Mahnmal-Areal vorgeschlagene Dokumentationsausstellung die Chance, die Diskussion stärker als bisher mit aktuellen Fragen zu konfrontieren. Peter Steinbach, der wissenschaftliche Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, hat in der fast überbordenden Medien-Debatte als einziger darauf hingewiesen, daß die deutschen Intellektuellen mit ihren mannigfaltigen Stellungnahmen zur NS-Geschichte, zur Gedenkkultur und zur Mahnmal-Ästhetik den gegenwärtigen weltweiten Entwicklungen von Verfolgung, Deportation und Völkermord stumm, vielleicht auch gleichgültig gegenüberstehen. "Im Hin und Her", schreibt Steinbach, "gerät zunehmend aus dem Blick, wofür das Denkmal steht. Offiziell soll es an den Völkermord erinnern...".

Die Autorin ist Kunsthistorikerin und Jurymitglied beim Wettbewerb "Denkmal für die ermordeten Juden Europas"